

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1,70 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 30 Pf., für politische und gemeinwirtschaftliche Vereins- und Berühmtheits-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das fertige gedruckte Wort 20 Pf., (zulässig 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 5. November 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Fortchritte der Angriffe auf Ypres. Vernichtung eines englischen Unterseebootes.

## Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Amtlich. Großes Hauptquartier, 4. November 1914, vormittags. (W. L. B.)

Unsere Angriffe auf Ypres, nördlich Arras und östlich Soissons, schritten langsam, aber erfolgreich vorwärts. Südlich Verdun und in den Vogesen wurden französische Angriffe abgewiesen.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Oberste Heeresleitung.

## Die französische Darstellung der Kriegslage.

Paris, 3. November. (W. L. B.) Ein amtliches Communiqué von 8 Uhr 30 Min. nachmittags besagt: Auf unserem linken Flügel scheint der Feind das linke Ufer der Pierromas bis zu Dirmulden gänzlich preisgegeben zu haben. Auf den Chaussees der überschwemmten Gebiete vorgeschobene Rekognoszierungsabteilungen haben die Uebergänge der Pier ohne große Schwierigkeiten besetzt. Südlich Dirmulden und gegen Ghelwast hin ist unsere Vorwärtsbewegung besonders merkbar gewesen. In der Gegend nördlich Yps wurde trotz der von den Deutschen mit beträchtlichen Beständen ausgeführten Angriffe unsere Front überall gehalten oder vor Tagesende wieder hergestellt.

Neue Angriffe der Deutschen gegen die Vorstadt von Arras, gegen Ribous und Le Quesnoy en Santerre sind gescheitert. Im Zentrum, in der Aisnegegend und im Walde de l'Aigle verzeichneten wir einige Fortschritte. Desfilich Bailly haben sich unsere Streitkräfte, die sich auf den Abhängen der Hochebenen nördlich der Dörfer Chabonne und Soupir festgehalten hatten, laut den letzten Nachrichten sich auf das Tal weiter gegen Osten hin zurückziehen müssen. Wir behaupten unsere Stellungen oberhalb Bourg und Comin auf dem rechten Flußufer. Eine heftige Kanonade fand während des Tages zwischen Reims und der Maas, ebenso auf den Hautes de Meuse statt. Neue Anstrengungen der Deutschen im Argonneerwalde wurden verhindert. Wir sind fortgeschritten, Fortschritte zu machen nordwestlich Pont a Mousson. Auf unserem rechten Flügel gab es einige unserer Waffen günstige Detailaktionen längs der Seille.

## Die Kämpfe an der belgischen Küste.

Rotterdam, 4. November. (Z. U.) Aus Harburg wird dem „Nieuwe Rotterdam Courant“ gemeldet: Seit 13 Tagen wird bei West-Flasbeke hartnäckig gestritten. Täglich kreuzen deutsche, französische und englische Flugzeuge über West-Flasbeke, das in der Nähe von Kousselaere liegt. Hervorgehoben wird, daß die deutschen Piloten ein große Rauchwolke entwickelndes Mittel mitführen, mit dessen Hilfe sie sich gegenüber den feindlichen Geschossen unsichtbar machen. (?)

## Frankreich und die italienischen Freiwilligen.

Der römische Schullehrer Giuseppe d'Amato, der von der italienischen sozialistischen Partei zur Untersuchung der als menschenunwürdig geschilderten Lage der italienischen Freiwilligen nach Frankreich geschickt worden war, ist in Montelimar verhaftet worden. Er kommt vor ein Kriegsgericht unter der Anklage, Freiwillige zur Desertion anzuflistern zu haben.

## Vom österreichisch-serbischen Kriegsschauplatz.

### Neue österreichische Erfolge gegen die Serben.

Wien, 4. November. (W. L. B.) Vom südlichen Kriegsschauplatz wird amtlich gemeldet: In weiterer Vorrückung sind unsere Truppen südlich und südwestlich Sabac neuerdings auf den Feind gestoßen. Der sofort angelegte Angriff schreitet günstig fort. Während der Kämpfe auf der Romania wurden insgesamt 7 Offiziere und 647 Mann gefangen, 5 Geschütze, 3 Munitionswagen, 2 Maschinengewehre, viel Munition und Kriegsmaterial erbeutet. Den Montevassians wurden über 1000 Stück Vieh, das sie aus Bosnien mitnehmen wollten, abgenommen.

## Der Seekrieg.

### Vernichtung eines englischen Unterseebootes.

London, 4. November. (W. L. B.) Der Sekretär der Admiralität meldet: Heute am frühen Morgen feuerte ein feindliches Geschwader auf das zur Küstenwache gehörende Kanonenboot „Halcyon“, das auf einer Erkundungsfahrt begriffen war. Ein Mann des „Halcyon“ wurde verwundet. Nachdem das Kanonenboot die Anwesenheit der feindlichen Schiffe gemeldet hatte, zogen sich diese zurück. Obgleich sie von leichten Kreuzern verfolgt wurden, konnten sie doch nicht vor Anbruch der Dunkelheit zum Kampf gestellt werden. Der hinterste deutsche Kreuzer streute bei dem Rückzuge eine Anzahl Minen aus. Durch die Explosion einer derselben wurde das Unterseeboot D 6 zum Sinken gebracht. Zwei Offiziere und zwei Mann, die sich auf dem Verdeck des an der Oberfläche des Wassers schwimmenden Unterseebootes befanden, wurden gerettet.

## Die gesperrte Nordsee.

Kristiania, 4. November. (W. L. B.) „Morgenbladet“ schreibt über die durch England angekündigte Sperre der Nordsee: Heute ist die Meldung eingetroffen, England habe die Nordsee von Island bis Schottland gesperrt. Ein Kommentar ist überflüssig. Es ist dies ein unerhörter Uebergriff gegen das internationale Völkerrecht und die Rücksichtslosigkeit gegenüber den neutralen Mächten ist auffallend und in die Augen springend. Der Schaden scheint im sonderbarsten Mißverhältnis zu den Vorteilen zu stehen, die England dadurch erreicht. Wir erfahren, daß die englische Regierung den interessierten Ländern vorher nichts mitgeteilt und nicht unterzucht hat, wie die Sperrung von der Regierung aufgefaßt würde, deren vitalste Interessen sie berührt. Wir fragen, ob nicht bald der Zeitpunkt gekommen ist, wo ein gemeinsames Auftreten der neutralen Mächte angebracht wäre. Auf die Stimme der kleinen Länder hört niemand. Amerika ist auch neutral. Der Neutralitätsbegriff existiert nicht mehr, wenn jeder Uebergriff der kriegführenden Mächte schweigend gebuldet wird. Die erste Wirkung war, daß die Kriegsversicherung erhöht wurde.

Kopenhagen, 3. November. (W. L. B.) Zur Sperrung der Nordsee schreibt das Regierungsblatt „Politiken“: Keine Maßregel in diesem Kriege hat Dänemark so unmittelbar berührt wie diese, die für die dänische Schifffahrt tief eingreifende Folgen haben wird, die für den Augenblick noch nicht zu übersehen sind. Nach Blättermeldungen hat die größte Schifffahrtsgesellschaft Dänemarks, die Forenede Dampfskibsselskab, vorläufig alle Fahrten nach England eingestellt.

## Kein Mißbrauch einer fremden Flagge.

London, 3. November. (W. L. B.) Die „Morning Post“ meldet, daß nach Privatnachrichten aus Liverpool vom 1. November die Behauptung unrichtig ist, daß die „Emden“ unter japanischer Flagge in den Hafen von Penang eingefahren sei. Sie habe vielmehr den Ueberfall mit dem Unternehmungsgeist und dem Schneid ausgeführt, die sie bei ihren früheren Taten bewiesen hat.

## Der Krieg und die Kolonien.

### Die Verteidigung Tsingtaus.

London, 3. November. (W. L. B.) „Daily Telegraph“ meldet aus Peking: Chinesische Pressemeldungen aus Schantung berichten, daß das deutsche Artilleriefeuer planmäßig alle vorgeschobenen japanischen Verschanzungen vernichtet und damit jeden Angriff auf unbestimmte Zeit hinauschiebt. Das gesamte Glacis hinter Tsingtau ist mit Minen überfüllt, die elektrisch entladen werden.

Ann. d. Red.: Diese Meldung ist vor den letzten englisch-japanischen Angriffen gegen Tsingtau erstattet.

## Troelstra über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie.

Genosse Troelstra berichtet in „Het Volk“ über Eindrücke von seiner Reise in Deutschland, und die „Ökonomische Zeitung“ gibt diesen Bericht wieder. Troelstra sagt, als die Frage, ob die Sozialdemokratie nicht besser die Kriegskredite verweigert hätte, in der Fraktion beraten wurde, waren sich Anhänger und Gegner der Kredite beinahe allgemein darüber einig, daß eine Partei, die ein Drittel des Volks vertritt, in einer Lebensfrage wie diejenige, die am 4. August dem deutschen Volk gestellt wurde, sich nicht enthalten durfte. Eine kleine Sekte, sagte man mir, könne das tun, eine Partei wie die deutsche Sozialdemokratie nicht. Darum wurde dieser Gedanke verworfen.

Hieraus kam die Haltung der deutschen Partei mit Bezug auf Belgien zur Sprache. Stets hatte, so versicherte man mir, in den Kommissionen des Reichstags unsere Partei die Achtung der Neutralität der kleinen Staaten im Kriegsfall verlangt. Wie kam es nun, daß sie am 4. August sich nicht gegen die Verletzung der belgischen Neutralität verwahrte? Diese Frage stellte ich dem Vorsitzenden der Fraktion, unserem Parteigenossen Gaase, und seine Antwort lautete: „Die Erklärung unserer Partei war von vornherein durch die Fraktion gestellt und dem Präsidenten des Reichstags mitgeteilt worden, bevor die Fraktion etwas von der Verletzung der belgischen Neutralität erfahren hatte. Die Fraktion hat sich stets, so oft sich dazu die Gelegenheit bot, mit aller Entschiedenheit für die Beachtung der Neutralitätsverträge ausgesprochen.“

Beim Durchgehen der deutschen Blätter ist mir nun aufgefallen, daß erst nach dem 4. August das Ultimatum an Belgien und die darauffolgende Entwicklung in der Presse gemeldet wurde. Ausländische Blätter und Berichte wurden in diesen Tagen, so weit möglich, zurückgehalten. Die Mitteilung des Reichskanzlers, daß Belgien wahrscheinlich schon betreten sei, war mit der Erklärung verbunden, daß hier ein Unrecht geschehen sei, das wieder gutgemacht werden würde. Die Erklärung rief laut den Reichstagsberichten große Bewegung hervor. Die Absprache der einzelnen Parteien, daß zur Verstärkung der Stellung gegenüber dem Ausland keine Erörterung stattfinden solle, war Anlaß zu der vorgängigen Feststellung, sowohl der Rede des Präsidenten wie der Erklärung unserer Fraktion. Sicherlich hat der Vorfall in dem deutschen Reichstag bewiesen, daß diese vorübergehende Vereinbarung ihre bedenkliche Seite gehabt habe. Nach der Sitzung stand die Presse unter militärischer Zensur, war keine öffentliche Einspruchsversammlung möglich, hielt der Reichstag keine Sitzung mehr und war schließlich Deutschland in einem so schweren Kampf verwickelt, daß dort der „Burgfriede“, den selbst wir in unserem Lande kennen, in verstärkter Maße als bei uns jede Äußerung von Kritik und Widerstand verhinderte.

Wenn also in dieser Hinsicht nichts geschehen ist, was man das Recht hatte, von der deutschen sozialdemokratischen Partei zu verlangen, so ist es von mehr praktischem Interesse, zu fragen, wie sie sich gegenüber den Strömungen verhalten werde, die sich in zahlreichen Kreisen Deutschlands kundgeben gegenüber möglichen Versuchen, Belgien's Unabhängigkeit und Landesgebiet anzutasten. Was ich darüber aus bürgerlichen Kreisen und selbst fortschrittlich-liberalen Kreisen vernahm, erfüllt mich mit Angst über die Zukunft der kleinen, aber heldenhaften und für uns so sympathischen belgischen Nation. Antwerpen lockt den deutschen Imperialismus wie ein Magnet. Was wird, wenn Deutschland siegt, das Ende davon sein? Ich fragte Herrn Gaase, was die deutschen Sozialdemokraten über eine mögliche Angliederung von ganz Belgien oder einem Teil des Landes denken. Seine Antwort lautete:

„Die deutsche Sozialdemokratie in jeder Angliederung Feind, sowohl aus demokratischen Gründen wie im Interesse von Deutschland selbst. In der Erklärung vom 4. August hat die Fraktion diesen Standpunkt vorangestellt, und auch seither haben die leitenden Organe der Partei dies wiederholt ausgesprochen.“

Ich glaube, auch die leitenden Parteigenossen fragen zu müssen, ob ihre Partei das übrige tun würde, um ihre Ehre und die des deutschen Volkes zu wahren, indem sie eine strenge unparteiische Untersuchung über die Grenzfordern würde, die gemäß den Berichten in Belgien verübt worden sein sollen. Gaases Antwort darauf lautete:



Jede der Kriegführenden Mächte hat der Gegnerpartei eine unmensliche Weite der Kriegführung und Ueberretung des Krieges vorgeworfen. Ich halte es für geboten, daß nach Beendigung des Krieges, wenn eine sachliche Feststellung der Tatsachen möglich ist, ein unparteiischer internationaler Ausschuss (Jury) diese Behauptungen im Interesse der historischen Wahrheit untersucht; zur Entlastung derer, die zu Unrecht beschuldigt sein mögen, und zur Verurteilung der Schuldigen."

Schließlich habe ich mir in der Ueberzeugung, daß der Krieg das Volk und die Sozialdemokratie aller Länder überimpft hat, die Frage gestellt, ob wir nun auch durch den Frieden überimpft werden. Wie wir uns dabei zu verhalten haben, ist eine Frage der Ausführung. Allein namentlich in einem Lande wie Deutschland ist gegenwärtig jede der Regierung mißliebige Stimme unterdrückt. Wie lange wird das dauern? Und wird, wenn die militärischen Gewalten es weiterhin so regeln, die deutsche Sozialdemokratie den festen Willen und den Mut haben, sich dennoch vernehmen zu lassen, dennoch ihre Macht zu zeigen und zu brauchen, um sich keinen Friedensvertrag aufdrängen zu lassen, der sich zu ihrem Recht wie zu den Forderungen und dem Bestand anderer Völker wie zu deren Wünschen im Gegensatz steht. Gewiß, sie ist noch eine Minderheit in Deutschland, allein eine große, und eine, die eine große Verantwortung gegenüber der internationalen und der Menschheit hat. Ich richtete daher an Haase diese Frage: „Stann das sozialistische Proletariat die Friedensunterhandlungen, wenn die Zeit dafür gekommen ist, der Regierung und den Diplomaten überlassen?" Seine Antwort lautete:

„Auf die Friedensverhandlungen muß das Volk einen entscheidenden Einfluß ausüben. Das sozialistische Proletariat darf sich dabei nicht ausschalten lassen.“

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

### Der österreichische Rückzug in Südpolen ungestört.

Wien, 4. November. (B. Z. B.) Amtlich wird verlautbart: Die Bewegungen unserer Truppen in Ostgalizien wurden gestern vom Feinde nicht gestört. Eines unserer Korps nimmt aus den Kämpfen auf der Lysa Gora 20 Offiziere und 2200 Mann als Gefangene mit. An der galizischen Front ergaben sich bei Bobruj, südlich Sambor über 200, heute früh bei Jaroslaw 300 Russen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Hoefer, Generalmajor.

### Russische Mißerfolge in der Bukowina.

Budapest, 4. November. (B. Z. B.) Die bei Ruty sowie nördlich von Czernowitz bei Kootornik geschlagenen russischen Abteilungen haben sich gegen Eniatum zurückgezogen; sie versuchten sich dort zu vereinigen, was jedoch mißlang. Die Verluste der Russen sind sehr bedeutend. Eniatum wurde von uns wieder besetzt. Vor Czernowitz bleiben die Russen ruhig.

## Der russisch-türkische Krieg.

### Bombardement von Akaba.

Konstantinopel, 3. November. Das Hauptquartier veröffentlicht folgende amtliche Meldung: Die englische Flotte hat am 1. November Akaba an der ägyptischen Grenze bombardiert und einen Landungsversuch gemacht. Aber nachdem vier Engländer gefallen waren, warfen sich die übrigen wieder in die Boote. Dagegen die Engländer Laufende von Artilleriegeschossen versenkten, wurde auf unserer Seite nur ein Gondarm getötet.

Der Golf von Akaba, in dessen Nordwesten der gleichnamige Ort liegt, ist der östliche der beiden schmalen Meerbusen, die die ins Rote Meer vorzuströmende Sinai-Halbinsel zu beiden Seiten begrenzen. Von Akaba nordwärts über Land zum Mittelmeer geht die Grenze zwischen dem türkischen Palästina und der zu Ägypten gehörenden Sinai-Halbinsel. Akaba ist von beträchtlicher strategischer Wichtigkeit für die durch die Sinai-Halbinsel nach dem Suezkanal marschierenden türkischen Truppen und die unter dem Beduinen Arabiens gewordenen Hilfstruppe.

### Die englische Darstellung.

London, 4. November. (B. Z. B.) Die Admiralität teilt mit: Bei seiner Ankunft in Akaba an der türkisch-ägyptischen Grenze fand der Kreuzer „Minerva“ die Stadt von Soldaten besetzt, anscheinend bewaffnete Eingeborene unter einem deutschen Offizier. „Minerva“ bombardierte das Fort und die Truppen. Die Stadt wurde geräumt, worauf eine Truppenabteilung gelandet wurde, welche das Fort, die Kasernen, das Bohren und Speicher zerstörte. Der Feind erlitt einige Verluste, die Engländer dagegen hatten keine Verluste.

### Ein türkischer Angriff?

London, 4. November. Erhänge Telegraph meldet aus Kairo: Es verlautet gerücheweise, die Türken sammeln 100 000 Kamelen an der Grenze, um sie zu einem Vorstoß durch die Wüste zu benutzen. Britische Kriegsschiffe liegen bereit, um einen Angriff zu erwidern, falls es den Türken gelingen sollte, bis zum Suezkanal vorzudringen.

### Kriegsrecht in Ägypten.

London, 3. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Kairo vom 3. November: Der britische General Maxwell hat die militärische Kontrolle des Landes übernommen. Das Kriegsrecht wurde erklärt.

### Annexion Ägyptens.

Wien, 4. November. (B. Z. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Dem „Tanin“ zufolge haben die Engländer Ägypten annektiert. Sie erwarten den Dink des Aghidive, den Prinzen Hussein Siamil Pascha, zum Generalgouverneur und seinen Sohn, den Prinzen Kemal Eddin Pascha zum Oberkommandanten.

### Das Bombardement von Noworossijsk.

London, 4. November. (B. Z. B.) Der englische Botschafter in Noworossijsk meldet, daß zwei türkische Kreuzer am 30. Oktober den Hafen bombardierten. Der englische Dampfer „Arbuda“ wurde in Brand geschossen. Auch Wagnerschiffe und Strumpfwirkerieen gerieten in Brand. Der ungerichtete Schaden beläuft sich auf vier Millionen.

## Demission türkischer Minister.

Konstantinopel, 3. November. (B. Z. B.) Finanzminister Schawid hat seine Entlassung nachgesucht. Der „Neuen Fr. Presse“ zufolge haben auch der Minister der öffentlichen Arbeiten Rahmud Pascha, der Postminister Osman Effendi und der Handelsminister Elbustani Effendi ihre Entlassung eingereicht. Diese Ministerien werden interimistisch von Mitgliedern des Kabinetts verwaltet.

## Eine französische Erklärung.

Paris, 3. November. (Meldung der Agence Havas.) Die Regierung veröffentlicht eine Erklärung, die daran erinnert, daß sie ebenso wie die russische und englische bei Kriegsbeginn der Pforte ausdrücklich versichert habe, daß sie ihre Unabhängigkeit und Integrität respektieren werde, wenn die Türkei die Neutralität bewahre. Unglücklicherweise habe man seither häufig bedauernde Zuwendungen gegen die Neutralität konstatiert, besonders die immer wachsende Zahl der Stellen, die den deutschen Offizieren anvertraut wurden, den Empfang deutscher Waffen und Munition und die Aufnahme, die der „Goeben“ und der „Breslau“ selbst in dem Augenblicke bereitet wurde, wo wir unseren Wunsch nach gutem Einvernehmen durch eine wohlwollende Haltung bezüglich der Kapitulationen bewiesen hätten. Die Erklärung erinnert an die von den türkischen Schiffen ohne vorherige Anfristung oder Herausforderung begangenen kriegerischen Akte. Rußland und Frankreich wollten im Einverständnis mit England hoffen, daß die Akte den deutschen Offizieren zuzuschreiben seien; sie schlugen daher der Türkei vor, ihre Politik nicht von Berlin leiten zu lassen, und zwar durch die sofortige Entlassung aller deutschen Offiziere. Nach dem Zusammentritt des Großen Rates hat sich die Türkei darauf beschränkt, die Zurückberufung der türkischen Schiffe in die Meerengen vorzuschlagen und hat erklärt, sie wolle in Frieden mit Rußland, Frankreich und England bleiben. Der Dreierband war der Ansicht, daß unter diesen Bedingungen die Türkei schwerlich eine friedliche Haltung beibehalten könnte, denn es war klar, daß die Deutschen, nachdem sie den Bruch verursacht hatten, ihn vollständig für sich ausnützen würden. Uebrigens hatte der Vorschlag der Pforte für den Dreierband die gleichen Unzulänglichkeiten, wie ein offener Krieg, denn er zwang diesen, einen Teil seiner Kräfte abzuziehen, um sich gegen Angriffe zu bewahren, die man nicht mehr als imaginäre Gefahr ansehen durfte. Da die Türkei es nicht für nötig hielt, die Aufrichtigkeit ihrer Absichten darzutun, haben die Vorkämpfer des Dreierbandes am 31. Oktober ihre Pässe verlangt.

## Die Lage auf dem Balkan.

Zürich, 4. November. Der Balkanberichterstattung der „Times“ versichert, Bulgarien werde neutral bleiben und jede Aktion in Mazedonien vermeiden. Der „Corriere della Sera“ bemüht sich darzulegen, daß es im Interesse Italiens sei, den Balkanbund wieder erstehen zu lassen. Italien und Bulgarien wären in der Lage, die Situation auf dem Balkan zu beherrschen. Rumänien wäre voraussichtlich geneigt, Bulgarien eine Gebietsverweiterung zuzugestehen. In diesem Falle könnte sich Bulgarien, meint das Mailänder Blatt, gegen Adrianopel werfen können. Auch Griechenland wäre entschlossen, den Krieg gegen die Türkei durchzuführen.

## Neutralität Rumäniens.

Frankfurt a. M., 4. November. (B. Z. B.) Die „Frankfurter Zeitung“ aus Mailand erzählt, ist dem „Secolo“ aus Petersburg berichtet worden, daß der rumänische Gesandte erklärt habe, Rumänien wolle strengste Neutralität beobachten.

Dasselbe Blatt meldet aus Mailand: Die von verschiedenen Seiten gemeldete Nachricht von dem bevorstehenden Abschluß einer italienisch-englischen Militärkonvention zum Schutze von Ägypten wird nunmehr aus Rom englischerseits mit dem Bemerkten dementiert, daß Kriegsschiffe im Suezkanal zum Schutze von Ägypten genügt. Italienischerseits wird das Dementi damit begründet, daß man das Meer in Europa brauche, und weiter, daß seinerzeit Differenzen, die zwischen England und Italien bezüglich der Nacht von Solun und des Schmuggels über Ägypten nach Grenaila bestanden haben, nicht zur Befriedigung von Italien gelöst worden sind.

## Die militärische Lage in der Cyrenaika.

Rom, 4. November. (Z. II.) Nach dem „Corriere della Sera“ hielt General Ameglio dem König Vortrag über die militärische Lage in der Cyrenaika. Diese sei keineswegs unbedenklich. Die Wirkung der bisherigen militärischen Erfolge werde dadurch aufgehoben oder wenigstens abgeschwächt, daß die Asaribataillone, die infolge der Lage in Westafrika abberufen worden seien, nicht durch weiche Truppen ersetzt werden können. Nach dem Eintreten der Türkei in den Krieg sei eine Ausdehnung der islamitischen Bewegung auf die Cyrenaika zu befürchten. Ameglio fordert die sofortige Rückberufung der Asaribataillone, doch stehen dieser Schwierigkeiten entgegen. Die Lage in Libyen sei noch unklar. Außerdem könnte das türkische Vorgehen gegen Ägypten den Suezkanal sperren.

Verchiedene Blätter melden, daß deutsche Offiziere in den Beduinenlagern der Cyrenaika eingetroffen seien. Wenn auch ihre Aufgabe der Vormarsch gegen Ägypten sei, so sei doch die Anwesenheit dieser Deutschen auch für Italien gefährlich.

## Italienische Truppensendungen.

Hongkong, 4. November. (B. Z. B.) Aus Paris wird über London berichtet, daß die italienische Regierung wegen der unruhigen Haltung der eingeborenen Bevölkerung in Tripolis die Entsendung einer Kavallerie- und zweier Infanteriebrigaden nach dort beabsichtige.

## Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz.

### Die Erhebung im Oranjesfreistaat.

London, 3. November. (B. Z. B.) „Morning Post“ meldet aus Kapstadt: Die Gefahrenzone ist im nördlichen Teil des Oranjesfreistaates, wo das Wet im Felde steht. Er zwingt teilweise Engländer dazu, sich seinem Kommando anzuschließen. — Da die Eisenbahnen belauert sind, daß sie die Güterbeförderung nach dem Rand nur auf Gefahr des Abnehmens ausführen, beschloß das Schatzamt infolge von Vorstellungen der Handels-

kammer in Johannesburg, die Bahnen gegen das Risiko der Gefahr durch die Aufständischen zu entschädigen. Hierdurch wurden die normalen Raten wieder hergestellt.

## Verhängung des Kriegsrechts in Rhodesia.

London, 2. November. (B. Z. B.) Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Salisbury vom 31. Oktober: In Süd-Rhodesia ist das Kriegsrecht verhängt worden.

## Die Deutschen in England.

London, 2. November. (B. Z. B.) Laut „Daily Telegraph“ wird die Zahl der allein in London internierten Deutschen und Oesterreicher auf 5000 geschätzt.

## Die Gefangenenbehandlung in Oesterreich.

Wien, 4. November. (B. Z. B.) Der frühere amerikanische Geschäftsträger in Regio, O'Shaughnessy, der in Spezialmission bei der hiesigen amerikanischen Botschaft eintrat, wurde vom hiesigen amerikanischen Botschafter mit der Aufgabe betraut, über die Verhältnisse der in Oesterreich-Ungarn internierten, dem Schutze des amerikanischen Botschafters unterstellten Engländer und Franzosen sich persönlich zu überzeugen. Ueber seine Wahrnehmungen, die O'Shaughnessy vor einigen Tagen beendigte, erklärte er gegenüber einem Vertreter des „Neuen Wiener Tagblatts“, was er gesehen, habe ihn vollkommen zufrieden gestellt. Sowohl in den niederösterreichischen als in den ungarischen Interniertenlagern habe er Engländer und Franzosen nach ihren Wünschen und Beschwerden befragt. Von seiner Seite sei ihm irgendeine Beschwerde unterbreitet, eine Französin, die berechtigt gewesen wäre, das Land zu verlassen, zog sogar vor, in Ungarn zu bleiben. Die demittelten Internierten dürften, wie O'Shaughnessy feststellte, sich nach eigener Wahl in Hotels der ihnen zugewiesenen Orte einmieten und selbst für sich sorgen. Die Unbemittelten sind gemeinsam untergebracht und werden von der österreichischen beziehungsweise ungarischen Regierung verpflegt, wobei sie dieselbe reichliche Verköstigung wie die österreichisch-ungarischen Soldaten erhalten, sie können auch gegen landsübliche Entlohnung Arbeit annehmen und das dadurch erworbene Geld zur Aufbesserung ihrer Lage verwenden. In nichtamtlicher Eigenschaft besuchte O'Shaughnessy auch verwundete Russen in den Spitalern und internierte Serben in Ungarn. Er erklärte, er freue sich, sagen zu können, daß er auch in diesen Fällen wirklich menschenwürdige Behandlung durch Behörden, Aerzte und Pfleger wahrgenommen habe.

## Spannung zwischen China und Japan.

Die Petersburger „Reich“ konstatiert voll Beforgnis eine ständig zunehmende Spannung zwischen China und Japan. Die energischen Proteste der chinesischen Regierung in Tokio geben eine deutliche Vorstellung von der Stimmung der Leiter der äußeren Politik in Peking und lassen keinen Zweifel bestehen, daß hier in der letzten Zeit ein scharfer Umschwung zu ungunsten Japans stattgefunden hat. ... Zu Beginn des deutsch-japanischen Krieges gelang es Japan, mit China ein Uebereinkommen zu treffen und seine Erlaubnis zur Landung einer Armee auf chinesischem Boden zu erlangen. Die Regierung der chinesischen Republik proklamierte ihre Neutralität, verlangte aber eine Garantie der Unantastbarkeit des chinesischen Territoriums, dessen Schutz, auf das Ersuchen der Chinesen, die Vereinigten Staaten von Amerika auf sich nahmen. Durch diesen Schritt gab die Peking Regierung deutlich zu verstehen, daß sie ihre Handlungen in Zukunft streng mit der Politik der Vereinigten Staaten in Einklang halten würde, die in offenem Widerspruch zu den Interessen Japans steht.

Auf diese Weise, fährt das Blatt fort, konnte man schon damals unausbleibliche Reibungen zwischen China und Japan voraussehen. Die nachfolgenden Ereignisse haben diese Annahme gerechtfertigt. China verfolgt aufmerksam die Operationen der Japaner und ist bestrebt, ihnen Hindernisse in den Weg zu legen. Formell ist die chinesische Regierung im Recht, denn Japan hat die Grenzen der für die Kriegsoperationen vorgesehenen Zone in Schantung überschritten. Aber — sagt das Blatt ohne näheren Beweis hinzu — das Verhalten Chinas den Neutralitätsverletzungen Deutschlands und Japans gegenüber ist leider bei weitem nicht gleichmäßig.

Die Proteste Chinas hätten natürlich für Japan keine erste Bedeutung, wenn hinter China nicht die Vereinigten Staaten Nordamerikas ständen, die an der Schwächung des japanischen Einflusses auf dem Stillen Ozean stark interessiert sind.

Nach Mitteilungen in der russischen Presse soll China starke Kräfte in Schantung angesammelt haben. Weiterhin ist ferner die Haltung der chinesischen Regierung dem jetzigen Verbündeten Japans, Rußland gegenüber. Einer Meldung aus Irkutsk zufolge, werden die Arbeiten der russisch-chinesisch-mongolischen Kommission, der die Regelung der mongolischen Frage übertragen worden ist, durch die Forderungen Chinas gehemmt, daß Rußland ihm hinsichtlich der vor zwei Jahren in den Konkreis der russischen Eroberungspolitik gezogenen Mongolei Konzeptionen mache. China ist bereit, der russischen Regierung als Kompensation dafür die Konzession für die Bahn Chardin-Kigun zu verleihen. Es ist aber unverkennbar, daß die chinesische Regierung die schwierige Lage Rußlands im fernen Osten ausnützen will, um dem Eroberungszug Rußlands in der Mongolei einen Damm zu setzen.

## Die chinesische Presse.

Peking, 3. November. (B. Z. B.) Die Erhänge Telegraph Compagnie meldet unter dem 31. Oktober: Von morgen an wird keine englische Zeitung hier erscheinen, da die Deutschen die „Peking Gazette“ angekauft haben. Die nächsten britischen Organe werden in Tientsin erscheinen. Die Deutschen übernehmen zugleich die finanzielle Kontrolle über die gesamte chinesische Presse in Peking und besorgen ferner ein ihnen die Kontrolle gebendes Finanzinteresse über die drei wichtigsten chinesischen Blätter in Tientsin.

## Die italienische Ministerkrise.

Rom, 4. November. (B. Z. B.) Die Zeitungen bestätigten heute morgen, daß Sonnino das Ministerium des Aeußern, Carcano den Schatz und Orlando die Justiz übernehmen werden, und daß die übrigen Minister ihre Portefeuilles behalten. „Corriere d'Italia“ sagt, viele unter den bekanntesten radikalen Abgeordneten und selbst einige reformiert sozialistische Abgeordnete hätten versichert, daß die Anwesenheit Sonninos im Ministerium sie zu einer wohlwollenderen Haltung auch im Parlament bewegen würde.



# Die Sorge um die Brotversorgung.

Amlich wird gemeldet: Der Minister für Handel und Gewerbe und der Minister des Innern haben an die Oberpräsidenten einen Erlaß gerichtet, in dem es heißt:

„Die wenig bisher die unter den heutigen Verhältnissen selbstverständliche Pflicht, mit dem täglichen Brot hauszuhalten und nicht zu vergeuden, die ganze Lebensführung unseres Volkes beeinflusst hat, zeigt die Tatsache, daß an vielen Orten, namentlich Norddeutschlands, auch heute noch in Gast- und Speisewirtschaften jeder Art den Gästen Brot und anderes Gebäck zum beliebigen Genuß zur Verfügung gestellt wird. Der Brotverbrauch der Gäste wird zwar in den Preisen der Speisen und Getränke mitbezahlt. Diese Gepflogenheit ist aber geeignet, den verschwenderischen und gedankenlosen Verbrauch des Brotes zu fördern. Wird für das genossene Brot besondere Bezahlung verlangt, so wird ein solcher überflüssiger Verbrauch des Brotes bald eingeschränkt werden. Dies mag in der Menge wenig ausmachen. Es handelt sich aber jetzt darum, das Gebot, eine verständige Sparfamkeit mit dem Brote walten zu lassen, täglich möglichst weiten Kreisen der Bevölkerung in Erinnerung zu bringen. Dazu wird auch dieses Mittel beitragen.“

Die Durchführung der hier von den preussischen Ministern gegebenen Anregungen würde nicht viel anderes bedeuten als erhebliche Gewinne der Gastwirte auf Kosten ihrer Gäste, ohne daß tatsächlich eine „verständige Sparfamkeit“ angeregt würde. Im übrigen darf auf die Ausführungen in dem Gutachten des Gen. Heyshold verwiesen werden, die wir in anderem Zusammenhange weiter unten wiedergeben.

Die bereits gestern kurz gemeldet, hat der preussische Handelsminister auch angeordnet, daß ein besonderes Weizenauszugsmehl bis zu 30 Prozent hergestellt werden dürfe. Diese Erlaubnis kommt der Herstellung feinerer Kuchen zugute, ist aber vom Standpunkt der gesamten Volksernährung nicht unbedenklich. Denn der für die Brotbäckerei zur Verfügung stehenden Gesamtmenge von Weizenmehl geht auf diese Weise das beste Kornmehl verloren, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als zu dem Weizenmehl schon ohnehin 10 Prozent Roggenmehl zugefügt werden müssen. Es würde wohl angängig sein, wenigstens ein niedrigeres Maximum des Weizenmehlauszugs festzusetzen. In jedem Falle würde es sich empfehlen, daß der Bundesrat auch hier eingreift und die Regelung dieser Frage nicht den einzelstaatlichen Regierungen zuweist.

Ein beachtenswertes Gutachten zu der Lage der Brotversorgung ist dem Berliner „Nationalen Frauendienst“ von dem Leiter der Berliner Organisation der Bäcker und Konditoren, dem Genossen Heyshold zugegangen. Die Geschäftsstelle des „Nationalen Frauendienstes“ hatte sich mit der Frage beschäftigt, welche Einschränkungen in der Herstellung von Backwaren vorgenommen werden könnten, um die Brotversorgung des Volkes während des Krieges zu erleichtern. Ehe sie aber der Väterung bestimmte Vorschläge unterbreitete, hatte sie den Wunsch, die Bäcker selbst, insbesondere auch die Gehilfen über die Wirkung aller Maßnahmen auf das Gewerbe und auf den Beschäftigungsgrad, zu hören. Hier hat nun Genosse Heyshold folgendes erwidert: „Die Einschränkung des Klein-Weißgebäckes würde weder den Zweck der Ersparnis erreichen, noch würde diese Maßnahme volkswirtschaftlich von Nutzen sein, sondern mühte in dieser Richtung schädigen zu wirken. Der Zweck der Ersparnis wird um so weniger erreicht, weil die Einschränkung des Kleingebäckes eine erweiterte Produktion des größeren Weißbrotes bedingt — deswegen bedingt, weil Kinder und Kranke, namentlich Magenleidende, auf das Weißbrot nicht verzichten können und weil ferner Wohlhabende und im Geschmaack Verwöhnte (wie hoch der Preis auch immer sei) auf das Weizenbrot nicht verzichten werden. Daher vermehrte Konsum des Groß-Weizenbrotes.“

Kann der Verbrauch von Weizenbrot nicht auf ein bestimmtes Quantum für jede einzelne Person beschränkt werden — was kein vernünftiger Mensch verlangen wird — so ist, selbst ohne den Mehrverbrauch bei größerem Weizenbrot jede Einschränkung des Klein-Gebäckes „ein Schlag ins Wasser“... Außerdem stände den Wohlhabenden und Bessersituierten (da für diese der Preis keine Rolle spielt) der Kuchenkonsum im ausgedehnten Maße zur Verfügung. Die bessere Kuchenbäckerei erfordert bessere Weizenmehle, zu deren Erzeugung eine größere Verschwendung des Weizenkornes bedingt ist.

Die Kuchenbäckerei einzuschränken, ist praktisch kaum durchführbar; sie zu verbieten, würde ein schwerer volkswirtschaftlicher Fehler sein... Bei Verbot oder Einschränkung des Klein-Weißgebäckes der Kuchen- und Konditorwaren würden — je nach dem Grade des Verbots oder der Einschränkung — von den zehntausend in Groß-Berlin beschäftigten Bäcker- und Konditorgehilfen mindestens 1000 bis sogar 2000 arbeitslos werden. Was das für die Volkswirtschaft bedeutet, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, ist ja die Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe groß genug... Im übrigen ist in der Sitzung des Reichsrates des Innern festgesetzt worden, daß 5 bis 10 Proz. besseren Roggenmehls zum Weizenbrot, auch zum Kleingebäck, verwendet werden kann. Dasselbe sieht auch die Bundesratsverordnung vor. Zunächst ist also Kerbsittat in dieser Beziehung nicht angebracht, weil sich vieles dabei durch sich selbst regelt... Von interessierter Seite wird auch jetzt der Versuch gemacht, der „Vergeudung und Verkrümelung“ des Weißgebäckes auf den Restaurationsbetrieben entgegenzutreten und eine Bezahlung der Brötchen durch die Gäste zu erwirken. Damit soll gleichfalls eine „Ersparnis“ erzielt werden. Letztere würde allerdings nur für die Lokalinhaber eintreten.

Daß jemand glauben könnte, daß jene, „die es dazu haben“, auf das Kaufen und Verkrümeln des Gebäckes aus Übermut oder Langeweile verzichten würden, namentlich des Preises wegen, ist doch kaum anzunehmen. Es würde dies im Gegenteil eine nicht zu rechtfertigende Brotverteuerung für minderbemittelte arme Arbeiterinnen und Verkäuferinnen sein, denen ihre armselige Mittagsuppe verteuert, eventuell dadurch sogar ganz entzogen würde, wozu kein Menschenfreund seine Hand bieten wird. Nicht genug kann daher immer wieder gewarnt werden vor übereilten Schritten, die im Ausland Erbitterung schaffen, im Ausland ein schiefes Bild über unsere Ernährungsmöglichkeiten bieten. Falls zur Sicherung der Volksernährung weitere Schritte unternommen werden müssen, dann wird man in der organisierten Arbeiterschaft den besten Bundesgenossen mit dem tiefsten Verständnis für des Volkes Wohlfahrt finden.

Voraussetzung aber ist — und das scheint mir die wichtigste Tagesforderung zu sein —, daß durch bedeutende Herabsetzung der jetzt viel zu hoch bemessenen Höchstpreise für Getreide, sowie schleunigste Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln der Nahrungsmittelwucher gründlich verhindert wird.

# Politische Uebersicht.

## Verhaftung eines Freigesprochenen.

Durch Wolffs Telegraphenbureau wird mitgeteilt: Vor einigen Tagen ging eine Nachricht durch die Presse, daß ein Russe mit Namen Konzew trotz begangener schwerer Majestätsbeleidigung freigesprochen worden sei. (Es handelte sich, wie wir erläutern bemerken möchten, um einen Fall, bei dem die Richter nach eingehender Beratung zu der Ueberzeugung gekommen waren, daß die Beleidigungen ohne Ueberlegung erfolgt seien, was auf Grund der abgeänderten Majestätsbeleidigungsparagrafen die Freisprechung zur Folge haben mußte. D. R.) So erfreulich es ist, daß unsere Richter im Gegenjah zu denen der feindlichen Staaten das Recht ohne Ansehen der Person sprechen, so wurde doch durch die Freisprechung eine durchaus begreifliche Erregung im Volke erzeugt. Daher hat, wie wir hören, das Oberkommando in den Marken eingegriffen und den Russen Konzew verhaften lassen. Außerdem ist vom Staatsanwalt gegen das Urteil Revision eingelegt.

## Grundsätze für die Auszahlung der Familienunterstützungen.

Ueber die Anwendung einzelner Bestimmungen der beiden Gesetze über die Familienunterstützungen und die Aufwandsentschädigungen an soldatenreiche Familien sind vielfach Zweifel hervorgetreten. Die Reichsregierung hat daher soeben an die Bundesregierungen eine Zusammenstellung der ausgetauschten Fragen und ihre Stellungnahme dazu übermittelt. Im allgemeinen wird empfohlen, die Bedürfnisfrage bei der Gewährung der Familienunterstützungen wohlwollend zu prüfen. Grundsätzlich soll kein Bedenken bestehen, die Unterstützungen auch dann zu bewilligen, wenn arbeitsfähige Angehörige infolge augenblicklicher Arbeitslosigkeit in eine vorübergehende Notlage geraten sind. Von den Angehörigen der vor dem Feinde stehenden Familienmitglieder wird alles fernzuhalten sein, was niederdrückende Empfindungen in ihnen auszulösen geeignet ist. Dazu zählt die in einzelnen Fällen bekannt gewordene Verweisung an die öffentliche Armenpflege, die nicht gebilligt werden kann.

Im einzelnen seien folgende Grundsätze der Reichsregierung über zweifelshafte Fragen hervorgehoben: Anspruch auf Familienunterstützung haben vom 1. Oktober d. J. ab die Familien derjenigen Mannschaften, die im Herbst d. J. ihre zwei- resp. dreijährige Dienstpflicht vollendet haben und nicht entlassen sind, ebenso die Familien der Mannschaften der Reserve, sobald diese in den Dienst eintreten. Anspruch auf Unterstützung haben auch die Familien der beim Kriegsausbruch einberufenen, im Ausland weilenden Mannschaften, die nicht mehr in die Heimat zurückkehren konnten, wenn sie als Kriegsgefangene festgehalten werden. Da die Wohlthaten des Gesetzes den Familien solcher Mannschaften zuteil werden sollen, die in den Dienst eintreten, ist kein Unterschied zu machen, ob die Mannschaften auf Grund einer Einberufungsorder oder infolge freiwilliger Meldung in den Dienst eintreten. Anspruchsberechtigt sind auch die Familien derjenigen Mannschaften, die noch nicht militärpflichtig sind oder noch keine endgültige Entscheidung über ihr Militärverhältnis haben, infolge der Mobilmachung aber zum Kriegsdienst eingezogen werden oder als Kriegsfreiwillige eintreten. Dagegen können die Angehörigen derjenigen Militärpflichtigen nicht berücksichtigt werden, die bei der diesjährigen Friedensaushebung tauglich befunden und jetzt zur Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht herangezogen sind. Auch die Familien derjenigen Mannschaften, die nach den Bestimmungen der Behrordnung als Freiwillige eintreten, haben keinen Anspruch auf Unterstützung, ebensowenig die Angehörigen von Kriegsfreiwilligen, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Wohl aber sind den Angehörigen solcher Kriegsfreiwilligen, die außerhalb jeden Militärverhältnisses, wie die als dauernd untuglich Ausgemusterten, stehen und sich im wehrpflichtigen Alter befinden, Unterstützungen zu gewähren.

Aufwandsentschädigungen an soldatenreiche Familien werden auch während des Krieges gezahlt, jedoch erhalten Familien der Mannschaften, die — der Reserve, Landwehr oder dem ausgebildeten Landsturm angehörig — erst infolge der Mobilmachung zum Heere einberufen werden, keine Aufwandsentschädigung. Ebensowenig begründet der Eintritt als Kriegsfreiwilliger einen Anspruch auf Aufwandsentschädigung. Das gleiche gilt bei der Einberufung eines un ausgebildeten Landsturmpflichtigen oder eines Ersatzreserveisten. Familien, deren Anspruch schon vor der Mobilmachung begründet war, erhalten auch während des Krieges die Entschädigung, weil der Sohn auch während des Krieges seine gesetzliche Dienstpflicht erfüllt. Auch die Familien der mit Meldeschein eingetretenen Freiwilligen sowie derjenigen Militärpflichtigen, die bei der diesjährigen Friedensaushebung tauglich befunden und vorläufig beurlaubt waren, inzwischen aber eingestellt sind, haben Anspruch auf Entschädigung.

## Gegen den Kartoffelwucher.

Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die örtliche Festsetzung von Kartoffelpreisen nicht ihre volle Wirkung entfalten kann, da ja den Besitzern und Händlern die Möglichkeit bleibt, die Ware aus dem Bezirk herauszubringen und anderswo teurer zu verkaufen. Daß daneben auch andere Maßnahmen möglich sind, um die Höchstpreise zu umgehen, beweist eine Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“, in der es heißt:

Die Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln ist an verschiedenen Orten durch die örtlichen Behörden erfolgt. Es zeigt sich nun mehrfach das Bestreben, diese Festsetzungen dadurch zu umgehen, daß für die Zuführung der Kartoffeln an den Käufer und die Bemessung der erforderlichen Sätze ganz unverhältnismäßige Entschädigungen gefordert werden. Es dürfte angebracht sein, dieser Umgehung der behördlichen Maßnahmen alsbald entgegenzuwirken.

Die einzig wirksame Gegenmaßregel gegen derartige Praktiken dürfte, wie das „B. L.“ ganz richtig bemerkt, einzig in dem Erlaß allgemeiner Vorschriften über Höchstpreise für Kartoffeln bestehen, durch die zugleich auch die zulässigen Aufschläge geregelt werden müßten.

Gegen die Entziehung der Vorräte durch Wegbringen in andere Bezirke hat das Generalkommando des 10. Armeekorps (Hannover) aus militärischer Rechtvollkommenheit heraus eine Maßnahme getroffen, die immerhin beachtenswert ist. Es hat, einem Telegramm zufolge, alle Kartoffeln im Korpsbezirk mit Beschlag

belegen lassen und den Versand nach außerhalb untersagt. Ein solches Eingreifen der militärischen Behörden kann gewiß die Aktionen der Gemeinden unterstützen; aber es handelt sich doch dabei um ein kompliziertes und nicht überall zu erwartendes Verfahren. Die Tatsache, daß in Hannover dazu gegriffen wurde, ist nur ein Beweis mehr dafür, wie nötig ein schnelles Eingreifen des Reichs ist.

Der Forderung nach Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln schließt sich erfreulicherweise jetzt auch die „Tägl. Rundschau“ an. Nachdem sie die allzu späte Festsetzung der Höchstpreise für Getreide und Futtermittel bedauert, die Möglichkeit einer Verabsiegung der Höchstpreise durch die Landeszentrale begrüßt und die Befürchtung ausgesprochen hat, daß die Höhe der Futtermittelpreise zu einer Einschränkung der Viehzucht und danach zu einer Fleischknappheit führen werde, erklärt sie es für eine Unterlassungssünde, daß der Bundesrat nicht auch für die Kartoffeln Höchstpreise festgesetzt habe, obgleich er ja ausdrücklich anerkennt, daß die Kartoffel neben dem Getreide das Hauptnahrungsmittel bilde und nicht zu hohe Preise haben dürfe. Der Verfasser des Artikels, Dr. Diekmann, schließt seine Ausführungen wie folgt: Die ohnehin stark geschmähten Unterhaltsmittel weiter Volksschichten vertragen eine durch ungesunde Spekulationen bewirkte Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel nicht. Wir sind es unseren draußen heldenmütig kämpfenden Brüdern schuldig, daß wir die Nahrungsvorgänge mit allen Mitteln beschleunigen und daß wir ihren Angehörigen dabei den Lebensunterhalt möglichst erträglich machen. Von solchen Gedanken ließ sich auch der Bundesrat leiten, als er seine Verordnung erließ, die das Gemeinwohl bezwecken soll. Nur sollte baldigt Verjaumtes nachgeholt und ganze Arbeit verrichtet werden.

Das sozialdemokratische Agitationskomitee für Hessen-Rassau beschloß, auf die Genossen in den Gemeindevertretungen einzuwirken, damit diese bei den Regierungspräsidenten in Wiesbaden und Kassel wegen Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln und Mehl vorstellig werden. Auch sollen in allen größeren Orten öffentliche Versammlungen abgehalten werden, um energische Maßnahmen gegen die Teuerung zu verlangen.

## Strenge Verfügungen im Elsaß.

Eine Verordnung des stellvertretenden kommandierenden Generals in Ströburg für den Befehlsbereich des stellv. XV. Armeekorps lautet:

Jede deutschfeindliche Rundgebung sowie jede Verbreitung unwahrer Nachrichten über den Krieg ist verboten.

Wer sich einer deutschfeindlichen Rundgebung, sei es öffentlich oder nichtöffentlich, schuldig macht, ferner wer böswilliger oder fahrlässigerweise unwahre Nachrichten über den Krieg verbreitet, oder zur Zuwiderhandlung gegen das erlassene Verbot auffordert oder anreizt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern nach den bestehenden Gesetzen nicht höhere Strafen bestimmt sind.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

## Reichstags-Dispositionen.

Der Reichstag wird nicht bereits am 24. November, bis zu welchem Zeitpunkt er verlagert ist, sondern vermutlich erst am 2. Dezember zusammentreten. Inzwischen wird die Regierung mit den Vertretern der Fraktionen in Verbindung treten, um eine Vereinbarung über das zu erledigende Arbeitspensum zu erzielen. Man rechnet damit, daß der Reichstag nur drei Tage zusammenbleibt und dann wieder auf längere Zeit verlagert wird. Durch den im Sommer erfolgten Schluß der Session fiel das reichlich vorhandene Arbeitsmaterial unter den Tisch. Alle Vorlagen, auf deren Verabschiedung Wert gelegt wird, müssen nunmehr neu eingebracht werden, ebenso werden sich die Fraktionen darüber schlüssig machen müssen, welche Initiativbeiträge sie wieder einzubringen gedenken. Die einzelnen Reichstagsämter werden dem Reichstag vorläufig umfangreichere Vorlagen nicht zugehen lassen. Nur das dringendste soll zunächst erledigt werden.

## Professor v. Wendtstern gefallen.

Im Kampf gegen Frankreich fiel, wie gemeldet wird, der Breslauer Professor der Nationalökonomie v. Wendtstern, der, bevor er sich dem Studium widmete, eine militärische Laufbahn eingeschlagen hatte. Er trat besonders hervor durch seine lebhaften Flottenagitation sowie durch ein heute vergessenes Buch gegen Karl Marx.

## Die amerikanischen Wahlen.

New York, 4. November. (B. L. S.) Die Wahlen für den Bundeskongress haben das Ergebnis gehabt, daß die Demokraten im Bundesrat die gleiche Majorität behalten wie bisher. Auch im Repräsentantenhaus bleibt ihnen die Majorität, doch ist sie geringer geworden. Im Staate New York wurde der frühere Distriktsanwalt James Whitman (Republikaner) zum Gouverneur gewählt. Zum Bundes Senator für New York wurde James Wadsworth, ebenfalls ein Republikaner, gewählt.

# Letzte Nachrichten.

## Englische Maßnahmen in Aegypten.

Amsterdam, 4. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die „Times“ melden aus Kairo, daß türkische Emisäre verhaftet worden sind. Die dort lebenden Deutschen und Oesterreicher wurden in Konzentrationslagern interniert, die Mannschaften der feindlichen Schiffe sind nach Malta übergeführt worden. Aga Khan, ein einflussreicher Mohammedaner, erließ ein Sendschreiben an die indischen Mohammedaner, in dem er hervorhebt, daß die Türkei nicht im Interesse des Islams handle und sie Treuepflicht gegenüber England zu üben hätten. Der Nizam von Hyderabad erließ ein gleichlautendes Manifest.

## Holland und die Sperrung der Nordsee.

Amsterdam, 4. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) „Rotterdamscher Courant“ meldet aus London, daß der holländische Handelsverkehr durch die englischen Maßregeln betreffend den Nordseeverkehr nicht leiden werde; diese betreffen allein den Handel zwischen Schottland und Norwegen.

## Wirtschaftskrise in Gent.

Amsterdam, 4. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Wie aus Gent berichtet wird, hat der dort angekommene Gouverneur von Belgien, Freiherr von der Goltz, dem Bürgermeister mitgeteilt, daß alle Rohstoffe der Fabriken der deutschen Obrigkeit anzuliefernden seien. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß diese Maßregel die Schließung aller Fabriken und eine Arbeitslosigkeit für 50 000 Arbeiter herbeiführen würde. Da Unruhen befürchtet werden, erhielt der Bürgermeister die Erlaubnis, die noch vorhandene Bürgerwehr zum Polizeidienst einzuberufen.











Die Schuhmacher nahmen in ihrer Generalversammlung am Dienstag den Geschäftsbericht für das dritte Quartal entgegen. Aus ihm geht hervor, daß nach dem Ausbruch des Krieges große Arbeitslosigkeit herrschte. Einige Fabrikanten versuchten damals, die Löhne herabzusetzen, was aber durch das Eingreifen der Organisation verhindert wurde. Auch andere Differenzen wurden meist zugunsten der beteiligten Arbeiter erledigt. Nach und nach fanden die Arbeitslosen Beschäftigung in Militärstiefelfabriken, in der Militärartillerie, zum Teil auch in berufsfremden Erwerbszweigen. In einer Anzahl kleiner Reparaturwerkstätten, deren Inhaber zum Militär einzürden mußten, wurden zur Fortführung des Geschäftes Schilfen eingestellt. Infolgedessen ist die Zahl der Arbeitslosen, die in der ersten Kriegswelle über 600 betrug, so weit zurückgegangen, daß eine ungewöhnliche Arbeitslosigkeit nicht mehr vorhanden ist. Ungünstig sind die Verhältnisse gegenwärtig in der Ballschuhbranche sowie in den Maßgeschäften. Die Damenmodebranche ist sehr wenig beschäftigt, während die Herrenmodebranche, infolge des Bedarfs an Offizierstiefeln, noch einigermaßen Arbeit hat.

Die Abrechnung der Volkasse für das dritte Quartal zeigt in Einnahme und Ausgabe die Summe von 28 871 M., der Bestand beträgt 23 527 M. Für Unterstützungen wurden ausgegeben an Arbeitslose 11 769 M., an Kranke 1861 M., an Reisende 107 M., an Ausgewanderte 55 M., in Sterbefällen 60 M., Unausgibt 10 M.

Nachdem die Versammlung den Geschäftsbericht entgegengenommen hatte, hielt Dr. Breitscheid einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Die Gewerkschaften und der Krieg“.

### Kriegsarbeit der Hosen- und Westenschneider.

Leider haben die Militärarbeiten nicht so viel Arbeitern des Schneidergewerbes Lohn und Verdienst geben können, als erhofft. Es ist immer noch ein ziemlicher Prozentsatz zeitweilig arbeitslos. Und die, welche Beschäftigung haben, sind zum Teil nur durch Raubbau an ihrer Körperkraft in der Lage, einen reichlicheren Verdienst zu erzielen. Das mag wohl auch mit daran liegen, daß in Berlin verschiedene Militärbekleidungsämter die verschiedensten Preise zahlen. Während das Gardeforps mit seinen Tariffragen geradezu vorbildlich vorgeht, rufen die der anderen förmlich nach einer einheitlichen Regelung im Sinne der Gardeforpslage. Nach diesem muß der Lohn für den Arbeiter bei Landsturmmäthern, ganz gleich ob die Sachen als Teilarbeit hergestellt werden oder nicht, betragen:

2,85 M. für die Hose (ohne Wase),  
6,45 „ für die Litwala,  
6,90 „ für den Mantel.

Das versteht sich exklusive des Zuschnittens. Das Gardeforpsbekleidungsamt liefert den Stoff und Futuraten, während das Futter vom Unternehmer zur Stelle geschafft wird. Zu den obengenannten Summen schlägt man noch 25 Proz., die dann dem Unternehmer für Abnutzung, Miete usw. verbüchen. Alles in allem also eine günstige Regelung. Damit vergleiche man aber z. B., daß von dem Spondauner Bekleidungsamt für eine Landsturmmäther mit Wase nur 2 M. gezahlt wurden. Für das 8. Armeekorps wird ein Mantel geliefert, der den Arbeitern ganze 1,50 M. bringt. Die Arbeit kann dann auch nur 1,50 M. wert sein. Derartige Puscharbeit liegt nicht im Interesse der Militärbehörden und unserer braven Landsturmmäther. Hier hat das Kriegsministerium eine günstige Gelegenheit einzugreifen, damit einheitliche Löhne bezahlt werden. Hervorgehoben sei, daß das Oberkommando und das Gardeforps diese Angelegenheit beim Ministerium befürwortet haben. Möglich sind die zwei angeführten Beispiele dadurch, daß diese Arbeiten im Gegensatz zum Gardeforps in Submission gegeben sind, wobei Zwischenunternehmer im Trüben fischen.

Strenge wurden auch Kermelwesten hergestellt, die nicht durch die Behörden in Auftrag gegeben, dafür aber von der Privatindustrie rege produziert wurden. Es gibt viele, die ihren Angehörigen im Heide solche Liebesgaben senden. Die Phantasiwestenfabrikanten hatten sich dieses Zweiges angenommen. Vorher war mit diesen folgende Vereinbarung getroffen: Um 25 Proz. sei der Tarifsatz herabgesetzt für Lagernde zugeschnittene Arbeit. Diese ist aller Wahrscheinlichkeit nach nun schon längst erledigt. Und doch versucht man in rührender Unwissenheit die Arbeiterinnen und Arbeiter bei den neuen Arbeiten um 25 Proz. zu sämälern. Natürlich ist das keine Allgemeinmeinung und auf keinen Fall zulässig.

Das alte Leiden, von 8-8 Uhr zu arbeiten, macht sich hier leider sehr breit. Vernünftig verdienen können die Arbeiterinnen in der Konfektionsbranche eben nur in dieser ganz herrlichen Zeit. Bezahlt werden nämlich für die Westen in der Konfektion: 1 M. bis 1,75 M. Wahrscheinlich nicht zu viel. Die Maßbranche zahlt bis zu 8 M. per Stück. Die letzte Summe natürlich nur für außerordentlich gute Sachen. Es ist auch hier vorgelommen, daß 2 M. gezahlt wurden. Nebenbei sei bemerkt, daß Phantasiwesten viel leichter zu nähen sind. Darum mögen die in dieser Branche Beschäftigten ganz besonders wachsam Augen ihre Rechte hüten.

All das brachte Kunde in zwei Schneiderversammlungen der Hosen- und Westenschneider und Schneiderinnen am vergangenen Montag recht geschäftig zum Vortrage. Er kam unter anderem auch auf eine Anfrage des Polizeipräsidenten zu sprechen. Es sollte angeblich Mangel an Schneiderstellen herrschen. Doch dies nicht der Fall ist, ist ja schon erwähnt. Interessant ist nur, wie diese Frage überhaupt auftauchen kann. Kunde macht gewissenhafte Inzidenten in der „Volkszeitung“ dafür verantwortlich. Zwanzig bis in die Hunderte von Schneidern werden da von einzelnen Firmen verlangt. So viele und mehr finden sich ein und zu guter Letzt werden nur etliche eingestellt. Der Redner sagte, daß die Arbeiter diese Annoncen überhaupt nicht mehr ernst nehmen, sie nicht mehr beachten, um nicht noch einmal hereinzufallen. Darum die Möglichkeit dieser Frage. Glaubt man, daß die Wirtschafter lieber in ihrer Branche arbeiten, als in der des Militärs. Im übrigen existiert ja der patriotische Arbeitsnachweis und der Verband, die allen Kollegen und anderen Ratfragenden bereitwillig Auskunft geben.

### Ausland.

Das Kartell der Gewerkschaften in Porto Rico, das dem amerikanischen Gewerkschaftsbunde angehört, gibt jetzt ein eigenes Wochenblatt in großem Format in spanischer und englischer Sprache heraus. In den ersten Nummern des Blattes wird eine kurze Darstellung der Entwicklung dieser Organisation gegeben. Schon am 20. Oktober 1898 wurde in San Juan die „Freie Föderation der Arbeiter Porto Ricos“ ins Leben gerufen. Diese bestand aus 12 sehr lose organisierten Gewerkschaften. Im Jahre 1901 ernannte der amerikanische Gewerkschaftsbund den Genossen Santiago Iglesias zum Organisator für die Insel. Seitdem wurden 379 Gewerkschaftsgruppen mit rund 15 000 Mitgliedern gegründet, von denen zurzeit 110 mit 10 000 Mitgliedern bestehen. Die Organisationsarbeit wird von den amerikanischen Gewerkschaften, speziell von den Zigarrenmachern, schon deshalb kräftig unterstützt, weil sie die Konkurrenz der billigen Arbeiter Porto Ricos fürchten müssen.

### Soziales.

#### Kündigung nach Gehaltsherabsetzung.

Wenn Angestellte mit einer Gehaltsminderung einverstanden sind, so werden sie dabei naturgemäß darauf rechnen, daß sie unter den neuen Bedingungen während des Krieges durchgehalten werden. Nach einer jetzt gefällten Entscheidung des Berliner Kaufmannsgerichts wird im Gegensatz zu dieser Annahme von den Handlungsgeschäften verlangt, daß sie den Verdacht des Criminals auf Kündigung a u s d r ü c k l i c h ausbedingen.

Der Beklagte in dem Prozeß war der Gastwirt Biella, Besitzer des Cafés „Equitable“ (jetzt Café Biella). Er hatte am 20. August

das Personal zusammenberufen und ihm nahegelegt, sich mit zwei Drittel des bisherigen Gehalts zufriedenzugeben. Um sich die Stellung zu halten, war auch der Kläger damit einverstanden. Zwei Tage später erhielt er die Kündigung zum Ende September. Der Kläger verlangte unter diesen Umständen sein volles Gehalt für September. Er hätte sich, so führte er aus, auf eine Gehaltsminderung niemals eingelassen, wenn er gewußt hätte, daß er gleich hinterher die Kündigung erhielt. Hinzukomme, daß das Café B. nicht zu den Betrieben gehöre, die durch den Krieg lahmgelegt worden seien, denn der Besuch habe nicht nachgelassen.

Das Kaufmannsgericht verurteilte den Beklagten nur zur Zahlung des herabgeminderten Gehalts. Der Kläger habe nun einmal in eine Minderung eingewilligt, ohne daß gleichzeitig die Aufhebung der Kündigung vertraglich vereinbart war. Wie die Handlungsweise des B. moralisch zu bewerten sei, das stehe auf einem anderen Blatt; rechtlich lasse sich aber nichts dagegen machen. Ein Prinzipalbesitzer erklärte nach dem Beklagten, er als alter, reell denkender Kaufmann finde es sehr merkwürdig, erst einen Gehilfen zu einer Gehaltsherabsetzung zu bewegen und ihm wenige Tage darauf zu kündigen.

Das Urteil hat zu Unrecht hier zwischen moralischer und rechtlicher Auffassung unterschieden. Das Gericht hätte die volle Verurteilung auch nach dem Gesetz (§ 13 B.G.B.) aussprechen müssen. Bei Auslegung von Willenserklärungen ist „der wirkliche Wille zu erforschen und nicht an den buchstäblichen Sinn des Ausdrucks zu halten“. Nicht der Buchstabe, sondern der Sinn, die Absicht, der Wille der Parteien ist das Entscheidende. Verträge werden nicht zwecks Ueberfüllung einer Partei durch die andere geschlossen, sondern zur Erfüllung sozialer Zwecke. Hier ging offensichtlich der Wille des Angestellten auf Belassung während des Krieges. Nur unter dieser Voraussetzung hat er in Gehaltsminderung eingewilligt. Goffentlich bricht sich bei ähnlichen Fällen das wirkliche Recht im Gegensatz zu dem scheinbaren, formalen Bahn.

#### Wer ist der Arbeitgeber?

Von der Firma Gebr. Friede forderten gestern vor dem Gewerbegericht drei Fuher und ein Träger je für 12 Tage Landzulage a 2 M., Fahrtenzuschuß und Restlohn für einen Tag. Die beklagte Firma wendete ein, nicht sie, sondern der Kolonnenführer Sinnerich sei zu verklagen. Sie habe mit diesem eine ausdrückliche Akkordvereinbarung getroffen. Festgestellt wurde, daß die Kläger sämtlich schon längere Zeit bei der Firma gegen Stundenlohn tätig waren. Vor Beginn der Arbeit, auf die sich die streitige Forderung bezieht, ist dreien der Kläger nichts über die veränderte Sachlage mitgeteilt worden. Der Träger dagegen wurde davon in Kenntnis gesetzt, daß Sinnerich die Arbeit übernommen habe und Lohnabreden mit ihm zu treffen seien.

Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Der Träger wird abgewiesen. Er hat sich, wenn er Forderungen hat, an den Kolonnenführer zu wenden. Den drei Fuhern aber sind die insgesamt geforderten 151,60 M. zuzusprechen. Da die Firma eine genaue Aufklärung dieser Kläger unterlassen hat, konnten diese in dem Glauben sein, es werde ferner mit der Lohnzahlung in gleicher Weise verfahren werden wie bisher.

### Berichtszeitung.

#### Versuch oder vorbereitende Handlungen?

In bemerkenswerter Weise sprach sich am Dienstag das Reichsgericht über den Unterschied von Versuch und vorbereitenden Handlungen aus. Das Landgericht III in Berlin hat am 5. Mai den Gelegenheitsarbeiter Josef Jasnoch von der Anklage des versuchten schweren Diebstahls freigesprochen. Der Angeklagte war beobachtet worden, wie er mit einem anderen auf dem Hofe eines Hauses an den Fenstern gerüttelt hatte, um festzustellen, ob die verschlossen wären. Er hat sich dann noch im Hausflur eine Zeitlang aufgehalten und ist hierauf verhaftet worden. In seiner Tasche fand man einen Dietrich. Die Staatsanwaltschaft hielt einen versuchten Diebstahl für genügend festgestellt; aber das Landgericht erkannte auf Freisprechung, da nur vorbereitende Handlungen vorlägen.

Das Reichsgericht, im Gegensatz zur Ansicht des Oberrechtsanwalts hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde angeführt: Der Angeklagte hat an den Fenstern gerüttelt, um festzustellen, ob durch sie ein Eindringen in das Haus möglich sei. Wenn er nun versuchte, die Fenster nach innen einzudringen, so hätte es einer näheren Begründung bedurft, weshalb hierin nicht ein Anfang der Ausführung eines Einbruchdiebstahls erblickt worden ist, dem das Einsteigen folgen sollte. Einen Einbruchversuch anzunehmen, lag um so näher, als der Angeklagte, wenn er wirklich gefunden hätte, daß ein Fenster das Einsteigen ermöglichte, wahrscheinlich diesen Umstand benützt haben würde, um einzusteigen.

#### Ein Rinderschänder.

Ein gefährlicher Jugendverderber wurde gestern von der 1. Strafkammer des Landgerichts III zu einer empfindlichen Zuchthausstrafe verurteilt.

Angeklagt wegen Sittlichkeitsverbrechens in 20 Fällen war der Anfallateur Leopold Krige. Die Beweisaufnahme entrollte ein sehr trübes Sittenbild. Des Angeklagte, welcher verheiratet und selbst Vater eines Kindes ist, hatte es längere Zeit hindurch verstanden, Schulmädchen in seinen in der Brigadier Straße gelegenen Laden und seine hinter diesem liegende Wohnung zu locken, um sich dann an den Kindern zu vergehen. Wie erheblich der verderbliche Einfluß auf die Moral der Kinder war, beweist, daß mehrere Mädchen stets wiederliefen und schließlich an dem Angeklagten kleine Erpressungsversuche unternahmen, um sich Käsekerzen kaufen zu können. — Das Gericht war der Ansicht, daß ein derartig gefährlicher Jugendverderber für das Zuchthaus reif sei. Das Urteil lautete deshalb auf 2 Jahre Zuchthaus, gleichzeitig wurde der Angeklagte sofort im Gerichtssaal verhaftet.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Ein Besuch auf dem Kriegsschauplatz in Ostpreußen.

Mit glücklicher Hand hat die Leitung des Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in die aktuellen Ereignisse gegriffen und mit obigem Thema einen Lichtbildabend in der „Neuen Philharmonie“ veranstaltet. Der Erfolg war ein überraschend guter. Bis in den Vorraum des Saales hinaus drängten sich die Besucher, längt vor der aberaumten Zeit war schon kein Platz mehr zu finden und es zeigte sich, daß auch die entsetzlichen Kriegstürme, die das Land erschüttern, es nicht vermocht haben, das geistige Leben unter den arbeitenden, sozialistisch gesinnten Frauen und Mädchen auszulöschen, und daß die Saat, die der genannte Verein in seiner jahrzehntelangen Kulturarbeit angelegt, allen Hemmnissen zum Trotz prächtig aufgegangen ist. Die Veranstaltung vom Montag behandelte die ostpreussischen Weishe, die unter dem furchtbaren aller Kriege am schwersten gelitten haben. Die Genossen Robert Schmidt und Eilber Schmidt haben eine hauptsächlich gewerkschaftlichen Zwecken dienende Informationsreise darhin unternommen und was sie gesehen, gehört und erlebt, gaben die Bilder und der Vortrag Robert Schmidts in wunderbarer Treue und ergreifender Weise wieder. Wie der Referent einleitend betonte, heißt das Wiebergegebene nur einen kleinen Auschnitt der wirklichen Zustände dar, und er fand die vollste Zustimmung aller Anwesenden, als er sagte, daß wir uns freuen könnten, nicht ebenfalls von diesen Schrecken ereilt worden zu sein. Und nun schilderte er in plastischer Weise die Fahrt nach dem so schwer heimgesuchten Lande und die daselbst vorgefundenen Verwüstungen an Gut und Gut und Menschenglück. Sochlich und leidenschaftlos zeigte er die Wirkung des Krieges und das Gebahren der russischen Soldateska, auch diesen letzteren gegenüber Gerechtigkeit ühend, wo es nur anging. Trefflich gelungene Bilder erhöhten das Interesse der Zuhörer und unterstützten die Ausführungen des Redners auf das wirksamste. Während war es, als Genosse Schmidt das Zusammenreffen mit Berliner Genossen, die ihrer Kriegspflicht genügen, auf dem Kriegsschauplatz schilderte. Sein Wunsch, daß alle die lieben Freunde wieder gefunden zu uns zurückkehren möchten, fand bei den Anwesenden unigen Widerhall, ebenso der Wunsch, daß dies der letzte Krieg sein möge und jeder von uns dafür wirken solle, daß nie wieder ein so entsetzliches Unglück die Länder verheeren werde. Der überaus lebhaftes Beifall, der dem Redner am Schlusse seiner Ausführungen gesendet wurde, bewies am besten, wie gut gelungen die Veranstaltung war.

Genossin Stad teilte sodann noch mit, daß die nächste Veranstaltung am 7. Dezember stattfindet.

### Kleine Nachrichten.

#### Eisenbahnkatastrophe in Sizilien.

Wie ein Telegramm aus Messina meldet, ist ein gemischter Personenzug der Linie Patti-Messina in der Nähe von Patti, bei der Brücke von Ditor, die durch Regenflüsse der letzten Tage beschädigt war, entgleist. Der Zug stürzte von der Brücke herunter; der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet, ein Bremser verletzt. Reisende besaßen sich nicht im Zuge. Ein Hilfszug ist abgegangen.

#### Parteiveranstaltungen.

Charlottenburg. Der dritte Vortrag im Zyklus: „Entwicklung des europäischen Staatenrechts“ findet am Freitag, den 6. November, abends 7,30 Uhr, im Volkshaus, Rosenthaler Str. 3, statt.

Schöneberg. Morgen Freitag, den 6. November, abends 7,30 Uhr, findet im „Bühnenhof“, Ebersstraße 80, der zweite Vortrag des Genossen Reimers über: „Die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung“ statt.

#### Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg. Das Arbeiter-Jugendheim ist täglich von 7 bis 10 Uhr geöffnet. Freitag: Mädchenabend. Samstag: Partie nach Gut Laute. Röhren im Heim. Dienstag, den 10. November: Schiller-Fest: Festrede — Regitation — Gelang.

#### Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Reinickendorf-Ck. Heute, Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathaus, Hauptstraße 98 II (großer Sitzungssaal).

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Allgemeine Familienherbelle. Sonntag, den 8. November, 3,30 und 4,30 Uhr, im Restaurant Gerichte, 12/13.

#### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im reinen Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, Donnerstags, am Montag bis Freitag, von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Für den Briefkasten bestimmten Anträge sind ein Buchstabe in eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abkennemerkung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

W. G. P. 56. 1. Rein; in dessen steht der Mutter das Pflichtteil zu. 2. Den Kindern steht das Pflichtteil zu. — W. G. 16. Suchen Sie eine Einigung nach. Leider ist das formale Recht auf Seiten des Bräutigams. Sollte er klagen, so können Sie nur bei Gericht beantragen, Ihnen Zahlungsfähigkeit zu geben und die Rückzahlung nicht anzuzweifeln oder auszuscheiden. — W. G. 40. Ja. — C. 76. Diese Bestimmung ist aufgehoben. — W. G. Sie sind im Arum. Im „Formalrecht“ ist ausführlich wiederholt dargelegt, welche Rechte und Pflichten der Frau aus dem Kriegsteilnehmers aus dem Mietverhältnis zufließen. Insbesondere ist ausführlich darüber geschrieben in den Nummern von 13, 20, 29, 30, August und 2. September. Es ist durchgelesen, daß auf Rückzahlung gegen die Frau nicht geklagt werden kann. Im übrigen ist es unmöglich, aber Fragen ohne Umzicht in den Vertrag zu beantworten. Lesen Sie die Artikel von Ende August und Anfang September nach oder besuchen Sie die Sprechstunde.

1914. 1. Darüber sind Bestimmungen noch nicht veröffentlicht. 2. Wenden Sie sich an das Bezirkskommando. — W. G. 16. Die Fragen müssen Sie selbständig beantworten. Die Verantwortung derselben steht keineswegs der Verwaltung eines Bezugsbuches zuzurechnen. — W. G. 555. Nach der herrschenden Ansicht ja. — W. G. 24. 1868. Nein. — W. G. 31. Wenden Sie sich an den Landgerichtspräsidenten. — W. G. 1. und 2. Rein. — W. G. 100. Unterhaltslohn und Unterhalt; landsturmpflichtig.

W. G. 22. Sprechen Sie mit den Karten Ihres verstorbenen Mannes und den eigenen Versicherungsakten in der juristischen Sprechstunde vor.

3. 13. Mit einer Klage würde der Bräutigam, durchdringen. Sprechen Sie, wenn etwas geklagt werden sollte, in der juristischen Sprechstunde vor.

W. G. 11. 1. Die Frau soll sich beim Bezirksvorsteher erkundigen. 2. Beantragen Sie Entbindung und Beisehung von Steuern. 3. Die Anwaltskosten werden erst gezahlt, wenn ununterbrochene Krankheit 26 Wochen hindurch vorliegt. — W. G. C. 1. Ja. 2. Das Geld wird schwerlich für Sie verloren sein. — W. G. 10. Sie müßten Schättermitteln beim Amtsgericht beantragen. Nach fruchtlosem Ablauf desselben könnten Sie die Ehegerichtsfrage anstrengen. Inzwischen würden nur die Zahlungen, die sich in den letzten 6 Monaten ereignet haben, für die Klage von Erblichkeit sein. — W. G. 78. 1. und 2. Rein.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Marktkassen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktsallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 4. November. Reichlich: Rindfleisch per 50 kg, Cosefleisch Ia 78-90, da. Ia 74-78, da. IIIa 68-73; Außenfleisch Ia 78-83, da. Ia 68-73; Rüh, fett 60-65, da. mager 55-60, Pfeffer, 65-70, da. hell 45-50, da. dunkel 40-48, Bullen, da. 60-70. Rindfleisch: Doppelfender 110-120; Rindfleisch Ia 85-95, da. Ia 70-84. Hammelfleisch: Rindfleisch 78-84; Hammel Ia 72-77, da. Ia 67-72; Schafe 67-72. Schweinefleisch: Schweine Ia fett 74-78, Ia 64-73; Schonen, hässliche 48-54. — Gemälde: inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 3,75-4,00; weiße Kaiserkrone 3,50-3,75; Magnum bonum 3,50-3,75; Voltmann 3,25-3,50; Porree, Schod 0,70-1,00; Sellerie, Schod 3,50-5,00; Spinat 50 kg 5,00-10,00; Mohrrüben 2,00-2,50; Rohlraut Schod 0,70-1,10; Wirtlingstoll Schod 4,00-10,00; Wirtlingstoll 50 kg 3,50-4,00; Weisfoll Schod 3,00-8,00; Weisfoll 50 kg 2,00-2,50; Rohlraut, Schod 4,00-10,00; Rohlraut 50 kg 3,50 bis 4,00; Grünstoll 50 kg 3,00-4,00; Rohlraut 50 kg 3,00-5,00; Zeltower Rüben 50 kg 12,00-16,00; Märkische Rüben 50 kg 4,00-10,00; Blumenstoll, Ernter 100 St. 15,00-20,00; Rosenstoll 50 kg 22,00-25,00; Meerrettich Schod 5,00-12,00; Petersilienwurzel Schodmund 1,00-3,00; Rindfleisch Schodmund 0,70-1,00; Ealot Schod 2,00-4,00; Zwiebeln 50 kg 7,50-9,00; Tomaten 50 kg 7,00-10,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00; Steinpilze 50 kg 25,00-60,00; Grünlinge 50 kg 4,00-6,00; Champignons 50 kg 00,00-00,00; Rübchen 50 kg 2,00-3,50.

#### Eingegangene Druckschriften.

Die Ursachen und Ziele des europäischen Krieges. Von H. Thierack. 1 M. — Suttlinger u. Wühlbrecht, Berlin W. 56.

Die Achse des England. Von Th. Schimann. 50 Pf. — G. Reimer, Berlin W. 10.

Die Belgier. Drama aus dem Jahre 1914. Von Margarete Joellner. 48 S. Selbstverlag in Freiburg i. S., Fußstr. 14.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Vermiegend trübe und neblig, in den Tagesstunden ziemlich mild. Westlich der Ober vereinzelt etwas Regen.